

18. Januar 2007 - Seite 26

Der nachfolgende Text erschien am 18. Januar 2007 in der polnischen Tageszeitung "Dziennik" in einer von der Redaktion der Zeitung übersetzten und bearbeiteten Fassung (vgl. <http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/dzenik.gif>)

Deutschlands Präsidentschaft in der EU ist auch eine Chance für die deutsch-polnischen Beziehungen

von Gunther Hellmann

Am 1. Januar übernahm Deutschland die Präsidentschaft der Europäischen Union. Für die Zukunft der Union ist dies aus mindestens zwei Gründen bedeutsam. Erstens wird sich in den nächsten 6 Monaten zeigen, ob es gelingt, das wichtigste Projekt, den Verfassungsvertrag, entscheidend voranzutreiben. Zweitens stehen wichtige außenpolitische Entscheidungen an. Dies betrifft zum einen die unmittelbare europäische Nachbarschaft (Balkan, Naher Osten) und zum anderen das Verhältnis zu den Großmächten Russland und USA.

Mit Deutschland übernimmt eines der einflussreichsten Länder der EU die Präsidentschaft. Damit werden die nächsten 6 Monate auch zu einem Test dafür, wie handlungsfähig die EU nach innen und außen ist. Bundeskanzlerin Merkel hat bereits im ersten Jahr ihrer Regierung unter Beweis gestellt, dass sie an die alte pro-europäische Linie der Regierung Kohl anschließen will. Das Motto der deutschen Präsidentschaft, "Europa gelingt gemeinsam", ist daher kein hohler Slogan, sondern eine sehr persönliche Botschaft der Kanzlerin an alle Partner. Nur wenn es gelingt, gemeinsame europäische Interessen anstelle eng definierter nationaler Interessen in das Zentrum zu rücken, wird die EU erfolgreich sein.

Hierin unterscheidet sich Merkel grundlegend von ihrem Vorgänger. Gerhard Schröder hat wie kein deutscher Kanzler vor ihm eine Außenpolitik betrieben, die von einem sehr engen Verständnis nationaler Interessen geleitet war. Mit den Führern Russlands und Chinas große Politik zu machen, war für ihn wichtiger als mit den kleineren EU-Partnern mühsam Kompromisse auszuhandeln. Die Spaltung Europas im Vorfeld des Irak-Krieges, der Gaspipeline-Deal mit Russland über die Köpfe der Polen und Balten hinweg und das gescheiterte Vorhaben, Deutschland zu einem ständigen Mitglied im UN-Sicherheitsrat zu machen sind Ergebnis seiner auf Prestige und Status fixierten Außenpolitik.

Angela Merkel markiert in vielerlei Hinsicht den Gegenpol. Wie bereits ihr erster Auftritt beim EU-Gipfel im Dezember 2005 zeigte, nimmt sie die Sorgen gerade der kleineren EU-Partner ernst. Wenn diese Kompromissbereitschaft zeigen, ist die Kanzlerin sogar bereit, größere Lasten für Deutschland zu akzeptieren. Das war früher auch die Grundlinie der deutschen Europapolitik. Dank dieser Rolle als "Motor der europäischen Integration", die Deutschland häufig gemeinsam mit Frankreich übernahm, gelang es auch, die EU zu einem handlungsfähigen Akteur zu machen.

Genau dies ist auch heute notwendig. Allerdings haben sich die Rahmenbedingungen grundlegend verändert. Eine EU mit 27 Mitgliedsstaaten lässt sich weit weniger leicht steuern als eine EG mit 9 oder eine EU mit 15 Mitgliedern. Hier sind selbst die größten Staaten überfordert. Nur durch die sorgfältige Vorbereitung von Entscheidungen mit anderen wichtigen EU-Partnern kann Handlungsfähigkeit erlangt werden. Die Rolle der EU in der Politik gegenüber dem Iran ist ein gutes Beispiel. Hier haben Frankreich, Großbritannien und Deutschland eine wichtige Führungs- und Koordinationsrolle in und für die EU übernommen. Ähnliches wäre für die EU-Russlandpolitik notwendig. Hier könnten unter anderem Polen und Deutschland eine wichtige Rolle spielen. Bedauerlicherweise mangelt es derzeit aber an einer hinreichend vertrauensvollen Zusammenarbeit. Das liegt zum Teil an Entwicklungen in Deutschland. Dazu zählt das Wirken der "Preußischen Treuhänder", das sich allerdings dem Einfluss der Bundesregierung entzieht. Auch unterschiedliche Vorstellungen zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt zu einer neuen Ostpolitik erschweren die nahe liegende enge Koordination mit Polen.

Aber auch die polnische Regierung trägt einen Teil der Verantwortung dafür, dass das Potenzial deutsch-polnischer Zusammenarbeit für übergeordnete europäische Interessen unausgeschöpft bleibt. Die Hervorhebung nationaler Interessen, etwa hinsichtlich einer strategischen Energiepolitik gegenüber Russland, wird solange auf wenig Resonanz bei den anderen EU-Partnern stoßen, wie es Polen seinerseits an Kompromissbereitschaft (etwa hinsichtlich des Verfassungsvertrages) missen lässt. Die kommenden 6 Monate sind daher auch ein Test für die deutsch-polnischen Beziehungen. Alle Signale aus Berlin sprechen dafür, dass die polnische Regierung in Bundeskanzlerin Merkel eine verlässliche Partnerin finden wird, wenn auch sie das gemeinsame Gelingen Europas in den Mittelpunkt rückt.